

Gemeinsamer Beschluss der CDU-Fraktionen Berlin und Brandenburg

Gemeinsame Impulse für Berlin und Brandenburg

Berlin liegt im Herzen Brandenburgs. Berliner und Brandenburger sind durch ihre Nachbarschaft und ihre gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Sie pendeln zu Tausenden täglich ins jeweilige Nachbarland, um zu arbeiten, zu studieren oder ihre Freizeit zu gestalten und profitieren somit gleichermaßen von der regionalen Nähe der beiden Länder.

Berlin und Brandenburg kooperieren bereits durch gemeinsame Behörden und Einrichtungen erfolgreich miteinander. Trotz dieser bewährten Zusammenarbeit gibt es jedoch noch verschiedene Möglichkeiten und Ansatzpunkte, um die Rahmenbedingungen für eine dynamische und erfolgreiche Hauptstadtregion weiter zu verbessern.

Die CDU-Fraktionen im Landtag Brandenburg und im Abgeordnetenhaus von Berlin haben sich deshalb am 03. Juni 2014 darauf verständigt, mit diesem gemeinsamen Positionspapier neue Impulse anzuregen. Dafür werden folgende Ziele verfolgt und im Rahmen der vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten umgesetzt.

1. Verkehrsverbindungen bedarfsgerecht ausbauen und Rahmenbedingungen für Berufspendler verbessern

Täglich pendeln 200.000 Brandenburger nach Berlin und 80.000 Berliner nach Brandenburg. Wir setzen uns daher für schnellere Direktverbindungen zwischen unseren beiden Bundesländern gerade auch aus den berlinfernen Regionen Brandenburgs ein. In Berlin und in den Brandenburger Gemeinden im Berliner Umland müssen wir uns den Herausforderungen eines weiter wachsenden Verkehrs stellen. Hierzu gehören insbesondere die Erhöhung der Kapazität der schon heute oftmals überfüllten Regionalbahnen, die Wiederaufnahme der Prüfung von S- und U-Bahn-Verlängerungen (S 25 Teltow-Stahnsdorf, U7 Rudow-Schönefeld), der Ausbau der Dresdner Bahn unter Berücksichtigung einer weitreichenden Tunnellösung, die Realisierung von Verbindungsstraßen (Brunsbütteler Damm) nach Brandenburg sowie die schnelle Fertigstellung des Ausbaus der A 100 als wichtigste

Straßenverkehrsverbindung. Darüber hinaus setzen wir uns für einen verstärkten Ausbau zusätzlicher Park&Ride- und Bike&Ride-Plätze ein. Auch dem Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen nach Polen muss zukünftig eine noch stärkere Beachtung geschenkt werden.

2. Gemeinsame Ziele in der Bildungspolitik

Berlin und Brandenburg müssen in der Lehrerausbildung stärker zusammen arbeiten. Ziel ist es, dass die Berliner und Brandenburger Hochschulen die geplante Exzellenzinitiative des Bundes für die Lehrerausbildung gemeinsam nutzen. Die Kooperation der Hochschulen, die Lehrer ausbilden, muss verbunden werden mit einer abgestimmten Personalplanung zwischen Berlin und Brandenburg. Dies sollte die Grundlage für eine Bedarfsorientierung der vorgehaltenen Plätze an den Hochschulen bilden.

In den kommenden Jahren müssen Brandenburg und Berlin tausende Lehrer einstellen, weil viele Lehrkräfte in den Ruhestand gehen werden. Ziel muss es sein, die ausscheidenden Lehrkräfte entsprechend den benötigten Fächern zu ersetzen. Dies wird nur unter Hinzunahme von Quereinsteigern gelingen. Berlin und Brandenburg müssen sicherstellen, dass die Qualifikation dieser Quereinsteiger über ein berufsbegleitendes Studium abgesichert wird, um nachträglich die Lehrbefähigung zu erlangen. Außerdem ist dafür zu sorgen, dass der Lehrstundenumfang der Quereinsteiger nicht zu Lasten des Unterrichtsniveaus ausfällt und eine ausreichende Betreuung durch erfahrenes Lehrpersonal während der Unterrichtsstunden erfolgt.

Brandenburg und Berlin haben wichtige Erfahrungen bei zentralen Abschlussprüfungen gesammelt. Die CDU-Fraktionen befürworten eine Verständigung mit der 6-Länderinitiative, um zu einem gemeinsamen Abitur (Deutschland-Abitur) zu gelangen.

3. Optimierung eines gemeinsamen Krebsregisters

In einer Region, die im Bereich der gesundheitlichen Versorgung bereits eng verzahnt ist, bietet die Einrichtung eines verbesserten gemeinsamen Krebsregisters gute Chancen, die Betreuung von Krebspatienten zu optimieren. Wichtige Erkenntnisse zum Krankheitsverlauf, Behandlungsmethoden oder die umfassende Betreuung werden dadurch besser dokumentiert.

Es existiert zwar bereits ein Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen – dessen Datenlage entspricht jedoch nicht den Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes (KFRG).

Beide Fraktionen wollen durch eine zügige Umsetzung des KFRG die onkologische Betreuung weiter verbessern. Flächendeckende klinische Krebsregister sollen die Versorgung der Patienten auf hohem Niveau gewährleisten. In die Diskussion sollen die Landesärztekammern beider Bundesländer einbezogen werden.

4. Abbau unbesetzter Ausbildungsstellen

In Berlin gibt es in einigen Berufsfeldern einen Überschuss an Bewerbern, die keinen Ausbildungsplatz finden. Auf der anderen Seite bleiben in Brandenburg Ausbildungsstellen unbesetzt. Gemeinsames Ziel ist es daher, offene Ausbildungsstellen in berlinnahen Gebieten Brandenburgs für Schulabgänger aus Berlin zu nutzen.

Es ist zu prüfen, ob dafür mit einer Kampagne Unternehmen in Brandenburg gezielt angesprochen werden können. Berliner Bewerber sollen im Gegenzug animiert werden, sich auch auf Ausbildungsstellen in Brandenburg zu bewerben.

5. Gemeinsamer Jugendarrest

Weder Brandenburg noch Berlin haben momentan ein eigenes Landesjugendarrestgesetz. In Brandenburg wird derzeit an einem Entwurf gearbeitet.

Da der Jugendarrest in Brandenburg auch in Zukunft nicht ausgelastet sein wird (momentan befinden sich lediglich drei Jugendliche im Arrest), bietet Berlin seit langem einen gemeinsamen Standort in Berlin-Lichtenrade an. Dies wäre eine weitaus günstigere Lösung als ein Neubau in Königs-Wusterhausen für ca. 5 Mio. €.

Nach Abwägung aller Argumente stellen wir fest, dass die positiven Effekte eines gemeinsamen Jugendarrestes überwiegen. Unser Ziel bleibt es daher, einen gemeinsamen Jugendarrest und eine einheitliche länderübergreifende Gesetzgebung anzustreben.

Auch im Strafvollzug wollen wir gemeinsame Unterbringungsmöglichkeiten prüfen.

6. Länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung

Während die Zahlen von Wohnraumeinbrüchen in Berlin teilweise zurückgegangen sind, steigen die Vorfälle in Brandenburg drastisch an.

Um die Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung zu stärken, wurde am 12.02.2014 ein Kooperationsvertrag über landesübergreifende Funkstreifenwageneinsätze in Berlin Brandenburg geschlossen. Dies gilt es weiter gemeinsam auszubauen und nachdrücklich zu unterstützen.

7. Infrastrukturprojekt BER

Die positive Entwicklung auf dem Luftverkehrsmarkt birgt große Chancen für unsere heimische Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für einen leistungsfähigen Flughafen Berlin-Brandenburg ein.

Ein milliardenschweres, steuerfinanziertes Projekt muss in absehbarer Zeit wirtschaftlich betrieben werden und ohne staatliche Subventionen auskommen. Es muss daher alles getan werden, damit der BER schnellstmöglich in Betrieb gehen, wirtschaftlich arbeiten und die gesamte Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg von dem größten Infrastrukturprojekt in den neuen Bundesländern profitieren kann.

Nach den Entwicklungen beim Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg braucht es Transparenz. Kosten, Bauplanung und Eröffnungstermin müssen seriös bestimmt und die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Der zugesagte und gerichtlich festgestellte Schallschutz für die Anwohner muss unverzüglich umgesetzt werden. Wir setzen uns weiterhin für eine aktive Bürgerbeteiligung ein, um die Akzeptanz des Flughafens in der Region zu stärken.

8. Organisation gemeinsamer Sportveranstaltungen

Die CDU-Frakturen des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtages sprechen sich für ein einfaches und länderübergreifendes Genehmigungsverfahren für Sportgroßveranstaltungen aus. Berlin und Brandenburg müssen in diesem Zusammenhang vor allem im Bereich der Verkehrslenkung besonders eng zusammenarbeiten. Sportveranstaltungen, wie beispielsweise der Velothon, der Ironman sowie der Mauerweglauf, sind auf ein entsprechendes Konzept angewiesen, um deren Initiatoren Planungssicherheit zu geben und diese sportlichen Events, die ein hohes gesellschaftliches Interesse und Ansehen genießen, erfolgreich durchführen zu können. Hierfür müssen sich Veranstalter, die zuständigen Verkehrsleitstellen und die Polizei unmittelbar und unkompliziert auf einen gemeinsamen Veranstaltungsablauf verständigen und diesen umsetzen.

9. Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam

Die CDU-Fraktionen unterstützen den Wiederaufbau der Garnisonkirche seitens der „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“, die den Wiederaufbau mit einem Versöhnungszentrum verbinden will. Im Hinblick auf die kulturgeschichtliche Bedeutung der Kirche sind die Bundesregierung und die Länder zur Unterstützung aufgerufen.

Potsdam, 03. Juni 2014

Michael Schierack

CDU-Fraktion im
Landtag Brandenburg

Florian Graf

CDU-Fraktion im
Abgeordnetenhaus von Berlin